vinetur

Brewers Association fordert kleine Brauereien auf, sich nach den Midterms auf neue Agenda in Washington einzustellen

Zölle, Hanfregeln und Veränderungen im Kongress könnten 2027 Kosten, Wettbewerb und Lobbyprioritäten der Brauereien neu gestalten.

Montag, 9. November 2026



Die Brewers Association fordert kleine und unabhängige Brauereien auf, sich nach den Zwischenwahlen am 3. November auf eine neue politische Lage in Washington einzustellen. Handelspolitik, die Regulierung von Hanf und steuerbezogene Vorschläge dürften die Agenda der Branche in den kommenden zwei Jahren prägen.

In einem am 4. November veröffentlichten und am 8. November von Beer Alien hervorgehobenen Update zu Regierungsangelegenheiten erklärte die Brewers Association, die Demokraten hätten die Kontrolle über Repräsentantenhaus und Senat gewonnen. Damit herrsche in den letzten beiden Jahren der zweiten Amtszeit von Präsident Donald Trump eine geteilte Regierung. Der Branchenverband sagte, dieser Wechsel garantiere zwar keine unmittelbaren politischen Änderungen, verändere aber, wo Brauereien ihre Anliegen vorbringen könnten und welche Themen in der Lame-Duck-Session vor Jahresende sowie zu Beginn der 120. Legislaturperiode im Januar 2027 Aufmerksamkeit erhalten könnten.

Das größte Anliegen des Verbands sind Zölle, insbesondere auf importiertes Aluminium und andere von Brauereien verwendete Materialien. Die Brewers Association geht davon aus, dass der neue Kongress die Aufsicht über die Regierung, einschließlich der Handelspolitik, stärker in den Mittelpunkt rücken wird. Ihrer Einschätzung nach könnte dies kleinen Brauereien die Gelegenheit bieten, darauf hinzuweisen, dass Zölle die Kosten für Dosen und andere Vorprodukte erhöht haben, und bei künftigen Handelsentscheidungen mehr Rücksicht auf kleine inländische Unternehmen einzufordern. Der Verband stellte dies nicht als angekündigten Plan des Kongresses dar, sondern als Bereich, in dem eine stärkere Aufsicht seiner Ansicht nach Druck oder Handlungsspielraum schaffen könnte.

Die Bedeutung reicht weit über politische Botschaften hinaus. Für Brauereien und andere Getränkeunternehmen können anhaltend höhere Verpackungskosten die Margen schmälern, die Preisgestaltung beeinflussen und Lieferverträge erschweren. Die Aluminiumkosten sind für kleine Brauereien besonders relevant, da sie stark auf Dosenprodukte setzen und bei Verhandlungen mit Lieferanten oft weniger Einfluss haben als größere Hersteller.

Die Brewers Association erklärte außerdem, dass der US-Kongress die Regulierung berauschender, aus Hanf gewonnener Produkte erneut prüfen könnte. Dem Verband zufolge könnte der Kongress Themen wie Verbrauchersicherheit, Kennzeichnung und Altersvorgaben erneut aufgreifen. Er nannte die Hanfpolitik sowohl für die Lame-Duck-Session als auch für den nächsten Kongress als mögliches Thema und betonte zugleich, dass kein bestimmtes Ergebnis feststehe. Die Frage gewinnt für Brauereien zunehmend an Bedeutung, da Hanfgetränke um Regalfläche, Aufmerksamkeit der Händler und Ausgaben der Verbraucher konkurrieren, auch wenn sie in vielen Märkten anderen regulatorischen Vorgaben unterliegen. Ein strengerer oder klarer definierter bundesweiter Rahmen könnte das Wettbewerbsgefüge in mehreren Getränkekategorien verändern.

Bei Steuer- und Betriebspolitik verwies die Brewers Association auf eine Reihe parteiübergreifender Vorschläge, die nach ihrer Einschätzung weiterhin Unterstützung finden könnten. Dazu gehören der Brews to Barns Act, der eine Steuergutschrift für Biertreber schaffen würde, Bestrebungen zur Modernisierung der bundesweiten Meldepflichten für Verbrauchsteuern sowie Initiativen zur Stärkung des Wettbewerbs bei der Kreditkartenabwicklung. Keiner dieser Vorschläge ist Gesetz. Dennoch betreffen sie allesamt den Geschäftsalltag kleiner Brauereien – von der Entsorgung von Abfällen und der Einhaltung steuerlicher Vorgaben bis zu Gebühren für die Zahlungsabwicklung.

Der Branchenverband deutete an, dass die größte unmittelbare Herausforderung womöglich nicht in einem einzelnen Gesetzentwurf liegt, sondern im Ausscheiden von Abgeordneten, die sich in der Vergangenheit für Brauereien eingesetzt haben. Nach Angaben des Verbands werden mindestens 33 der 147 Mitglieder des House Small Brewers Caucus im kommenden Jahr nicht in ihre bisherigen Sitze im Repräsentantenhaus zurückkehren. Im Senat verliert der Bipartisan Small Brewers Caucus laut dem Verband drei Mitglieder, die in den Ruhestand gehen, sowie mindestens ein amtierendes Mitglied, das die Wiederwahl verloren hat.

Durch diese Veränderungen muss die Branche in einigen Büros ihre Kontakte zum Kongress möglicherweise nahezu von Grund auf neu aufbauen. Die Brewers Association erklärte, es werde entscheidend sein, diese Caucuses wieder aufzubauen und Gespräche mit den neu gewählten Abgeordneten zu führen. Der Verband verweist

Brauereien auf seine jährliche Lobbyveranstaltung Hill Climb in Washington und ruft sie dazu auf, neu gewählte Vertreter in ihre Betriebe einzuladen, wo diese Beschäftigte treffen und sehen können, wie sich die Bundespolitik auf den Betrieb vor Ort auswirkt.

Die Botschaft des Verbands lautet, dass Brauereien frühzeitig aktiv werden sollten. Er forderte Brauereibesitzer auf, sich darüber zu informieren, wer ihre Wahlkreise vertreten wird, sobald der neue Kongress im Januar 2027 zusammentritt, und sich frühzeitig zu Themen wie Aluminiumkosten und dem Meldeaufwand für kleine Unternehmen zu äußern. Dieser Rat spiegelt die größere Realität wider, vor der die Branche nach den Zwischenwahlen steht: Viele der für Brauereien wichtigsten Fragen sind weiterhin ungeklärt. Die nächste Phase wird weniger davon abhängen, was am 3. November entschieden wurde, als davon, welche Prioritäten die Abgeordneten setzen, sobald der neue Kongress seine Arbeit aufnimmt.